



Pressemitteilung

An die Damen und Herren von
Presse, Rundfunk und Fernsehen

Hessischer Städte- und Gemeindebund: Corona-Paket des Bundes ein gutes erstes Signal

Mühlheim am Main, 04.06.2020 – Ausgleich für wegbrechende Steuereinnahmen und höhere Beteiligung des Bundes an den kommunalen Soziallasten: Das sind nach Einschätzung des Hessischen Städte- und Gemeindebundes erste Schritte in die richtige Richtung angesichts der tiefen Löcher in den kommunalen Kassen. „Das Konjunkturpaket des Bundes ist ein wichtiger Baustein zur Stabilisierung der Kommunalfinanzen,“ sagte Geschäftsführer David Rauber in Mühlheim.

Eine aktuelle Umfrage unter den hessischen Städten und Gemeinden zeigt, dass in Hessen sogar höhere Verluste bei der Gewerbesteuer erwartet werden als bundesweit im Mai von den Steuerschätzern prognostiziert. Im Schnitt erwarten die Kämmereien (ohne Großstädte) im Vergleich zu 2019 Einbrüche von rund 32%. Hier stellt der Bund einen Ausgleich in Aussicht, an dem sich das Land dann laut Bund beteiligen müsste. Hinzu kommen flächendeckende Einbrüche von rund 7% bei der Einkommensteuerbeteiligung der Kommunen, die neben der Gewerbesteuer die zweite Haupteinnahmequelle der Städte und Gemeinden ist.

Ebenfalls positiv ist laut Rauber die angekündigte höhere Bundesbeteiligung an den kommunalen Soziallasten zu verbuchen. „Das bedeutet eine dauerhafte Entlastung, wobei der Bund hier Geld für Ausgaben gibt, die er selbst schon vor Jahren zu Lasten der Kommunen begründet hat,“ erläuterte Rauber.

Wichtig seien auch die höheren Investitionsmittel für den Kinderbetreuungsbereich. „Hier müssen Bund und Land jetzt anpacken und den Investitionsbedarf angehen. In Hessen besteht hohe Nachfrage nach zusätzlichen Kita-Plätzen, und gerade in der Pandemie zeigt sich, dass die Raumausstattung in vielen Kitas besser werden sollte,“ so Rauber.

Das Paket des Bundes bringe Schritte in die richtige Richtung. Vieles in der Umsetzung sei jetzt aber im Detail auch mit dem Land zu klären, betonte Rauber. Denn auch das Land sei in der Pflicht, kommunale Mindereinnahmen bei Steuern, aber auch Kita-Gebühren und anderen Einnahmeverlusten mit auszugleichen. „Dass der Bund keine Altschuldenlösung angeht, ist in Hessen angesichts der Entschuldung mit der Hessenkasse zu verschmerzen. Dieser gemeinsame Erfolg von Land und Kommunen ist in der aktuellen Krise aber in Gefahr, wenn Bund und Land die Kommunalfinanzen nicht ausreichend stützen,“ sagte Rauber abschließend.